

Weltklimarat aus Expertinnen und Experten bestehen, die nicht dem marktradikalen Denken huldigen. Er sollte regelmäßig Berichte zur Situation der Finanzmärkte publizieren, als ein Frühwarnsystem für Finanzrisiken fungieren und Handlungsempfehlungen zur Regulierung der Finanzmärkte geben. Seine Entwicklung wäre damit eine Schlussfolgerung aus den Erfahrungen der weltweiten Finanzkrise 2008/09.

Vor allem würde er dem UN-Generalsekretär und den UN-Institutionen in ökonomischen Fragen Gewicht geben. Diese Fragen können nicht den G20 überlassen bleiben, denn die Interessen der ärmsten Entwicklungsländer finden darin keinen Ausdruck. Auch wenn es manche für illusionär halten: Ich halte nach wie vor die Forderung nach einem Weltrat (*Global Council*) für soziale, ökologische und wirtschaftliche Fragen für notwendig. Einen derartigen UN-Weltrat hat die SPD in ihrem Hamburger Grundsatzprogramm gefordert.

In einem solchen Gremium sollten alle Kontinente, die internationalen Organisationen sowie die Zivilgesellschaft hochrangig vertreten sein. Er könnte und sollte dem Ziel einer strategischen Ausrichtung der Global Governance zur Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele Ausdruck verleihen.



Heidemarie Wiczorek-Zeul

von 1987 bis 2013 MdB, war Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Mitglied im Auswärtigen Ausschuss und im Unterausschuss Vereinte Nationen, internationale Organisationen und Globalisierung des Deutschen Bundestages.

Robert Kappel

Ringens um Einfluss

Afrika im Fadenkreuz der Interessen

Es wird oft behauptet (und auch von vielen bestritten), dass sich das »westliche Zeitalter« dem Ende zuneige. Mit diesem Begriff wird die internationale Führungsmacht der Vereinigten Staaten und insgesamt der westlichen Welt seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs verbunden. Die Bretton-Woods-Institutionen, die OECD und die NATO lassen sich als westliche Lenkungsinstrumente unter amerikanischer Führung begreifen. Der Niedergang der amerikanischen Führungsrolle vollzieht sich in einer Welt, die anders als in den 90er Jahren nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und ihrer Satelliten nicht mehr als unipolar empfunden wird, sondern als multipolar oder als zerfallend und ohne hegemoniale Blöcke. Demnach verbleiben lediglich die USA, Europa, China und Russland als große Akteure, die aber nicht mehr alleine gestalten. Die Reichweite ihres Einflusses ist geringer denn je. Die Kohäsionskraft der Vereinigten Staaten hat nachgelassen, was sich am deutlichsten in Lateinamerika, in Afrika und im Nahen Osten zeigt. Der Regierung von Präsident Barack Obama gelang es nicht, den Zerfall von Staaten zu vermeiden, den Terrorismus wirksam zu bekämpfen und die widerstreitenden Machtansprüche Saudi-Arabiens, des Iran, der Türkei

und Ägyptens einzudämmen. Die USA verlieren an Einfluss, die wirtschaftliche und militärische Macht des einstigen Welthegemons sowie die Soft Power und die Attraktivität des amerikanischen Modells erodieren. In die Bresche sind aber weder China, noch Indien und Russland gesprungen, da sie selbst nur wenig Bereitschaft und Fähigkeit aufweisen, stabile Ordnungen herzustellen.

China und Indien sind (neben Brasilien, Russland und Südafrika) Mitglieder des BRICS-Clubs. Nur diese beiden prosperieren, während sich die übrigen drei in einer Stagnationsphase befinden. Südafrika und Brasilien sind relativ schwache Partner, die im Fahrwasser von China mitschwimmen, aber keine herausragende globale Bedeutung haben. Russland ist durch seine Wirtschaftskrise, seinen Autoritarismus und durch seine neoimperiale Politik kein verlässlicher und starker Partner. China und mit Abstand auch Indien können die Vorboden für eine neue Welt- und auch Weltwirtschaftsordnung sowie Sicherheitsordnung sein. China hat hierfür die strategischen Weichen gestellt, während Indien erst noch die Voraussetzungen für eine globale Führungsrolle schaffen muss. Mit China hat vor zehn Jahren eine wirtschaftlich aufstrebende Macht die globale Ordnung stark verändert. Der Aufbau der Asiatischen Infrastrukturinvestmentbank, der New Development Bank und die Initiative OBOR (*One Belt, One Road*) sind Beispiele für ein neues Modell, das inzwischen in aller Welt als attraktiv (und gegen den Westen gerichtet) gesehen wird. China gehört seit mindestens zehn Jahren zu einem der wichtigsten Akteure und Chinas Einfluss steigt. Dies demonstrieren auch die chinesischen Neuinvestitionen in den USA, Russland, Indien, auf dem afrikanischen Kontinent und nicht zuletzt in Europa.

Die einzelnen BRICS-Staaten sind Mitglieder der G20 und von großer Bedeutung für die weltwirtschaftliche Entwicklung, vor allem weil sie Energie, Rohstoffe und Investitionsgüter nachfragen. Unternehmen aus den BRICS, die in den letzten Jahren vor allem technologische Sprünge gemacht haben, treten zunehmend als Konkurrenten für europäische und US-amerikanische Unternehmen auf, da sie ihre Produktion immer deutlicher auf sogenannte *higher-value growth markets* ausrichten. Als Konkurrenten Europas agieren sie auch in Lateinamerika, dem Nahen Osten und in Afrika. Ihr politischer und wirtschaftlicher Einfluss ist in Afrika deutlich gewachsen.

Europa, obwohl größter Wirtschaftsraum weltweit, hat hingegen an wirtschaftlichem und politischem Gewicht und auch Ansehen in Afrika verloren. Nicht einmal die Domäne der postkolonialen Kooperation mit den afrikanischen Staaten, die häufig Europa als Vorbild ihrer eigenen Entwicklung ansahen, ist geblieben. Hier zeigt sich am deutlichsten der relative Machtverlust des Westens und Europas und der Bedeutungsgewinn Chinas.

Der geostrategische Aufmarsch in Afrika

China ist seit vielen Jahren durch Investitionen, durch verstärkte Handels-, Entwicklungs- und Militärkooperation und durch politische, militärische und wirtschaftliche Netze zu einem der wichtigsten Akteure auf dem afrikanischen Kontinent geworden. Zahlreiche Abkommen mit afrikanischen Ländern zeugen von der Tiefe dieser Kooperation. China engagiert sich vor allem im Rohstoffabbau und investiert in die Infrastruktur. Inzwischen hat China einen mehr als doppelt so hohen Anteil am

Handel mit Afrika als die USA. Indiens Engagement auf dem Kontinent hat sich ebenfalls stark ausgeweitet.

Die USA versuchen durch eine neue geoökonomische Strategie dem Vordringen Chinas Einhalt zu gebieten. Sie haben ein seit Langem bestehendes Handelsabkommen mit Afrika (AGOA, *African Growth and Opportunity Act*), das relativ freie Exporte auf den amerikanischen Markt zulässt. Seit dem Afrikagipfel des amerikanischen Präsidenten mit den afrikanischen Regierungschefs im Jahr 2014 verändert sich jedoch die amerikanische Politik. Noch mehr als vorher geht es dem State Department vor allem um die eigenen Wirtschaftsinteressen. So hat die US-Regierung Exportsubventionen in Höhe von 7 Milliarden US-Dollar für amerikanische Unternehmen beschlossen, die nach Afrika exportieren wollen und US-Unternehmen erhalten Unterstützung, wenn sie in Afrika investieren. Zudem fokussieren die USA den Ausbau der Energieversorgung durch (amerikanische) Großprojekte. Das gesamte US-amerikanische Konzept ist vor allem auf den Kampf gegen Terrorismus und die Erweiterung der wirtschaftlichen Präsenz in Afrika gerichtet.

Noch immer sind die EU-Länder der wichtigste Kooperationspartner Afrikas. Die höchsten Investitionen auf dem Kontinent stammen aus Europa. Der Anteil der EU am afrikanischen Handel übersteigt bei Weitem den der anderen Länder. Europa verfolgt eine lang andauernde postkoloniale Zusammenarbeit im Rahmen zahlreicher umfassender Abkommen mit hoher Finanzausstattung (vor allem das Cotonou-Abkommen). Zwar stockt die Kooperation zwischen der EU und Afrika und das Modell der Entwicklungszusammenarbeit zeigt deutliche Übermüdigungserscheinungen, was man beispielsweise am Partnerschaftsabkommen (*Economic Partnership Agreement*) sehen kann. Dennoch sind die politischen, wirtschaftlichen, zivilgesellschaftlichen und auch die militärischen Netze immer noch sehr stark. Frankreich ist der wichtigste strategische Akteur in Afrika. Frankreich sieht sich immer noch als Sachwalter afrikanischer Interessen und pflegt durch wirtschaftliches Agieren, die CFA-Währungskooperation (*Communautés Françaises d'Afrique*), durch militärische Stützpunkte, durch ihre Eingreiftruppen, durch Kooperation mit den Eliten in den frankophonen Staaten eine neopostkoloniale Dominanz. Frankreich ist zudem mitverantwortlich für etliche der vergangenen und gegenwärtigen Krisen in West- und Zentralafrika und daher zu einem ungeliebten Akteur in Afrika geworden.

Gerade die Flucht und Migration hunderttausender Afrikaner/innen zeigt, wie tief die Krise in Teilen des Kontinentes ist, trotz der wirtschaftlichen Erholung während der letzten Dekade. Die politische Instabilität, die wirtschaftlichen Krisen mit hoher Arbeitslosigkeit vor allem von jungen Menschen, ein extrem hohes Bevölkerungswachstum und die mangelnde Verantwortungskultur eines großen Teils der wirtschaftlichen und politischen Eliten – all dies zeigt, dass Afrika noch eine lange Transformationsphase vor sich hat. Diese zu bewältigen ist durch die Globalisierung und durch den politischen und wirtschaftlichen Einfluss Frankreichs (und zahlreicher anderer europäischer Länder unter Einschluss Deutschlands), der USA und seit einigen Jahren auch Chinas deutlich schwieriger geworden. China verstärkt durch seine Handels- und Wirtschaftspolitik, durch die Kooperation mit Diktatoren und durch seine eigenen strategischen Interessen die bereits vorhandenen Asymmetrien auf dem Kontinent.

Der neue geostrategische Aufmarsch (das neokoloniale *Scramble of Africa*) zwischen China, den USA und Europa kann die politischen und wirtschaftlichen Dynamiken auf dem Kontinent, die zu Hoffnung Anlass gaben, wieder zunichtemachen.

Die gegenwärtigen Aktivitäten Chinas und der USA verweisen darauf, dass es um strategischen Einfluss geht. Dies gilt auch für die EU, die immer wieder darum ringt, ein nichtkoloniales Verhältnis zu Afrika zu finden, die von fairem Handel spricht und für Nachhaltigkeit und politische Stabilität sorgen möchte. Zwar haben die EU-Staaten dazu beigetragen, dass es durchaus Fortschritte im Kampf gegen den Terrorismus und für eine afrikanische Sicherheitsagenda gibt, aber die weithin grassierende Armut, die Perspektivlosigkeit von Millionen von Jugendlichen und die schwache Entwicklung der afrikanischen Industrie sowie das Nichterreichen der Millenniumsentwicklungsziele hat auch mit einer postkolonialen europäischen Afrikapolitik zu tun.

Europa steht trotz eines umfassenden Vertragswerkes, sehr vieler konkreter Kooperationspartnerschaften und intensiver Zusammenarbeit auf allen Gebieten vor einem großen Reformbedarf in der Afrikakooperation, vor allem in der Handels-, Agrar-, Industrie- und Entwicklungspolitik. Es fehlt an einer zukunftsgeleiteten Agenda zwischen der EU und den afrikanischen Staaten, die sich zunehmend differenziert haben, die teilweise von autokratischen Regimen regiert werden und durch unterschiedliche Transformationsphasen gehen. Neuere Analysen zum Stand der strukturellen Transformation verdeutlichen, wie gering der Fortschritt in der Industrialisierung und der Modernisierung der Landwirtschaft ist. In den meisten afrikanischen Ländern gibt es weitgehend einen Übergang von der traditionellen Landwirtschaft in den informellen Sektor der Städte. Bis auf die Ausnahme Südafrika mangelt es fast überall an moderner verarbeitender Industrie.

Deutschland als Zivilmachtakteur in Afrika

Deutschland als eine bedeutende Wirtschaftsmacht hat während der letzten Jahrzehnte eine geoökonomische Strategie verfolgt, die auf einem Zivilmacht Konzept basierte. Die Koordinaten des deutschen Agierens haben sich verschoben. Inwieweit Deutschland im Rahmen einer gemeinsamen europäischen Afrikapolitik dazu beitragen wird, dass Afrikas Asymmetrien und Abhängigkeiten verringert werden, hängt davon ab, ob die deutsche Politik die folgenden sechs Themen für eine neue Kooperation anpacken wird.

Erstens sind faire Handelsbeziehungen mit Afrika auszuhandeln. Dies bedeutet für Europa, Abschied von den hohen landwirtschaftlichen Subventionen zu nehmen. Ohne diese werden afrikanische Farmer kaum erfolgreich nach Europa exportieren können. Zweitens kommt es auf reziproke Handelsbeziehungen durch die Öffnung der europäischen Märkte nicht nur für die ärmsten Länder Afrikas sondern auch für die Mitteleinkommensländer – wie Kenia – an. Eine deutliche Reduktion der Zölle und der nichttarifären Handelshemmnisse könnte afrikanischen Unternehmen und Farmen bessere Möglichkeiten für den Export nach Europa eröffnen. Drittens: Der Kampf gegen die umfassende Arbeitslosigkeit, vor allem auch Jugendarbeitslosigkeit, sollte zu einem wichtigen Baustein in der Kooperation werden. Dies geschieht nicht durch Großprojekte, die eher die Korruption fördern, sondern vor allem durch die Unter-

stützung der Industrialisierungsanstrengungen des afrikanischen Mittelstandes, der Arbeitsplätze schaffen kann. Viertens: Deutschlands Rolle im Kampf gegen den Terrorismus ist größer geworden. Dieses Engagement sollte im Rahmen von UNO-Missionen deutlich verstärkt werden, sollte aber nicht in die Falle der Kooperation mit Frankreich geraten, denn Frankreich verfolgt immer noch das Konzept des »afrikanischen Hinterhofs« (*chasse gardée*), das der Kooperation mit afrikanischen Eliten Vorrang einräumt und sich nicht an den Bedürfnissen der Bevölkerungen ausrichtet. Fünftens sollte die Kooperation mit demokratischen Ländern Afrikas verbunden mit einem Zivilmachtansatz vertieft werden, anstatt eine Zusammenarbeit mit autoritären Regimen zu verfolgen, wie etwa mit Äthiopien, das über Jahre von sehr hoher deutscher Entwicklungshilfe profitiert hat. Sechstens ist eine Zeit angebrochen, in der Entwicklungshilfe weniger denn je Vorrang eingeräumt werden sollte. Deutschland sollte Abschied von der paternalistischen Entwicklungskooperation nehmen.

Durch die skizzierten Maßnahmen könnte Deutschland einen wesentlich gezielteren Beitrag gegen die drohende weitere Marginalisierung Afrikas und im Kampf gegen die Armut leisten. Dadurch ließe sich der Zerfall von Staaten, die Ausbreitung des Terrorismus, und die Unordnung in Afrika besser vermeiden. Die Umsetzung eines solchen Programms käme auch einem Gegenentwurf zum autoritären Modell Chinas und zum neoliberalen Agieren der USA gleich.



© F&H, WOLFGANG BERTSCH

Robert Kappel

ist Wirtschafts- und Politikwissenschaftler, Präsident Emeritus und Senior Researcher am GIGA-Institut in Hamburg. Seine Forschungsschwerpunkte sind u.a.: globale Machtverschiebungen, Entwicklungstheorie/-ökonomie, Afrikas wirtschaftliche und politische Entwicklungen.

Robert.Kappel@giga-hamburg.de

Uwe Hartmann

Das dunkle Abbild

Hybride Kriegführung im 21. Jahrhundert

Konventionelle militärische Auseinandersetzungen sind in der heutigen Weltordnung eher die Ausnahme. Doch wer denkt, dass die Welt dadurch friedlicher geworden wäre, der irrt. Vielmehr sind kriegerische Aktionen heute weit vielschichtiger. Die klassischen Waffenarsenale spielen zwar noch eine Rolle, aber andere Mittel der Interessendurchsetzung sind hinzugezogen, haben das Militärische zum Teil verdrängt.

Der Begriff der hybriden Kriegführung tauchte vor kaum mehr als zehn Jahren im strategischen Diskurs in den USA auf und stößt mittlerweile auf große Resonanz. Im Zuge des russischen Vorgehens in der Ukraine gelang ihm schnell auch der Sprung in die deutsche sicherheitspolitische Debatte. Förderlich für die breite Akzeptanz des Begriffs war der inklusive Prozess der Erarbeitung des Weißbuchs 2016 der Bundesregierung zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr. Experten aus vielen gesellschaftlichen Bereichen standen dabei den Autoren dieses Dokuments mit Rat